

Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis 0,66 RM.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Bezirks-Vereine
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine
(Stützpunkt)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz., 25 Pf., Familienanz., 15 Pf.
Vereinsanz., 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 13.

Berlin, Sonnabend, 12. Februar 1910.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Zweite deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen. — Der Delegiertentag des Gewerkvereins der Deutschen Eisenbahner. — Die Aufgaben des Verbandstages. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1909. — Gewerkvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen.

Zweite deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen.

In den ersten Märztagen des Jahres 1907 tagte im großen Saale der Bauakademie in Berlin ein Frauenparlament, das es sich zur Aufgabe gestellt hatte, die Lage der Arbeiterinnen in materieller und geistiger Beziehung zu heben. Veranstaltung wurde die Tagung durch ein Komitee, das sich gebildet hatte aus einer Anzahl von Frauenvereinen und verschiedenen Arbeiterorganisationen. Verständnissvolle Sozialpolitiker hatten sich ebenfalls zur Mitwirkung bereit erklärt, so daß die Veranstaltung einen überaus wirkungsvollen Verlauf nahm. Auch vom Verbands der Deutschen Gewerkvereine nahmen zahlreiche Vertreter und Vertreterinnen daran teil. Beratungsgegenstände waren die Wohnfrage der gewerblichen Arbeiterin, die fachgewerbliche Ausbildung der Arbeiterin, das Wahlrecht der Arbeiterinnen zu den Krankenkassen, Gewerbegerichten und Arbeitskammern, die Fabrikarbeiterin als Hausfrau und Mutter.

Die damals gefaßten Beschlüsse wurden den zuständigen Behörden übermittelt, außerdem aber wurden sie den Berufsorganisationen der Arbeiterinnen und Arbeiter überhandt mit der Bitte, ihre Verwirklichung anzustreben und zu fördern. Mit der Abhaltung der Konferenz aber hielt jenes Komitee seine Aufgaben nicht für erfüllt. Es setzte vielmehr seine Tätigkeit fort, und einer seiner wichtigsten Schritte war, daß es sich umwandelte in einen Ständigen Ausschuss zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen unter dem Vorsitz der Deutschen Gewerkvereine nachstehenden Margarete Friedenthal. Die eifrige Betätigung, die der Ständige Ausschuss seit seinem Bestehen entwickelte, hat ihm weitere Sympathien gewonnen und dazu beigetragen, daß sich immer mehr Organisationen und Einzelpersonen ihm angeschlossen haben. Von Arbeiterorganisationen gehören ihm an der Verband der Deutschen Gewerkvereine, vertreten durch den Verbandsredakteur Kollegen Leonor Lewin, Frau Wilhelm und Frau Schöffler vom Gewerbeverein der Deutschen Frauen und Mädchen, der Verband erwerbstätiger katholischer Frauen und Mädchen und der auf dem Boden der christlichen Gewerkschaften stehende Gewerkverein der Heimarbeiterinnen. Von gemeinnützigen Vereinen haben sich ihm angeschlossen der Zentralverein für Arbeiterinnen-Interessen, die Arbeiterinnenhilfskommission, der Deutsch-englische Frauenbund, der Deutsch-katholische Frauenbund und das Bureau für Sozialpolitik. Außerdem gehört, wie bereits an anderer Stelle mitgeteilt wurde, dem Ständigen Ausschuss eine Reihe von Einzelpersonen an, wie Fräulein Dr. Bernhard, Gertrud Döhrenfurth, Marie Rischonska, Dr. Alice Salomon, Helene Simon, Dr. Fleischer, v. Gerlach und Dr. Kaup von der Zentralstelle für Volkswohlfahrt.

Zu allen Fragen, welche die Arbeiterinnen betreffen, hat der Ständige Ausschuss Stellung genommen und seine Ansichten und Wünsche den gesetzgebenden Körperlichkeiten übermittelt. Die letzte größere Kundgebung fand im März v. J. statt. Es war eine gewaltige Versammlung im Bürgerlaale des Berliner Rathauses, in welcher

die Frage der Lohnämter für die Heimarbeit erörtert wurde. Die dort gefaßten Beschlüsse wurden ebenfalls Reichstag und Bundesrat aufgestellt. Um ihnen größeren Nachdruck zu verleihen, wurde weiter eine Audienz beim Staatssekretär des Reichsamts des Innern angebahnt. Die zu diesem Zwecke gewählte Deputation wurde leider vom Herrn v. Bethmann-Hollweg nicht selbst empfangen, sondern nur von einem seiner Direktoren, der den zum Ausdruck gebrachten Wünschen gegenüber sich durchaus ablehnend verhielt. Bedauerlicherweise ist auch nach den Erklärungen der Regierung nicht zu erwarten, daß die Frage der Lohnämter in der neuen Gewerbeordnungsnovelle im Sinne des Ständigen Ausschusses geregelt wird. Das wird ihm freilich nicht abhalten, unablässig an der Durchführung dieser Forderung zu arbeiten. Was in England und auch anderswo möglich war, muß sich auch im Deutschen Reich durchsetzen lassen.

Die nächste Veranstaltung des Ständigen Ausschusses ist die 2. Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen, die, wie bereits angekündigt wurde, am 3. und 4. März d. J. im Architektenshaus zu Berlin stattfinden wird. Die vorgesehene Tagesordnung ist aus unserer Nr. 12 zu ersehen. Die gewählten Vorträge und die Namen der Referentinnen sind der beste Beweis dafür, daß es sich um eine für die Arbeiterinnen überaus bedeutungsvolle Veranstaltung handelt. Die Ergebnisse der Berufszählung von 1907 liefern gewissermaßen die Grundlage dazu. Deshalb ist es denn auch von großer Wichtigkeit, daß sich die Deutschen Gewerkvereine mit einer möglichst großen Anzahl von Vertretern und Vertreterinnen an der Konferenz beteiligen. Es ist daher an die einzelnen Gewerkvereine das Ersuchen gerichtet worden, auf ihre Kosten einige Delegiertinnen zu der Konferenz zu entsenden, und wir hegen die Hoffnung, daß diese Anregung überall auf fruchtbaren Boden fallen wird. Schon im Interesse unserer Gesamtorganisation ist es notwendig, daß wir hinter den anderen nicht zurückstehen. Aber auch in praktischer Beziehung werden wir von einer möglichst zahlreichen Beteiligung nur Nutzen haben können. Je machtvoller die Kundgebung sich gestaltet, um so größere Beachtung wird man auch ihren Beschlüssen schenken. Diejenigen aber, die der Konferenz beiwohnen, werden auch eine Fülle von Anregungen erhalten, die sie nachher im Interesse unserer Organisation verwenden können. Auch von diesen Gesichtspunkten aus ist eine möglichst rege Beteiligung dringend zu wünschen. Selbstverständlich haben auch Kollegen Zutritt zu den Verhandlungen, die den ganzen Tag dauern. Soweit sie Interesse an den zur Erörterung gelangenden Fragen haben — und das sollte man namentlich bei den Beamten voraussetzen —, ist ihnen der Besuch der Konferenz nur auf das dringendste zu empfehlen.

Mit unerkennbarer Deutlichkeit zeigt die letzte Berufszählung die gewaltige Zunahme der gewerblichen Frauenarbeit. Für die wirtschaftliche und nationale Entwicklung ist dies ein bedeutungsvolles Moment. Alle Bestrebungen, die unter gebührender Würdigung dieser Erscheinung die Lage der Arbeiterinnen zu heben geeignet sind, verdienen energische Förderung. Deshalb wünschen wir auch dieser Konferenz einen recht guten Verlauf und geben der Hoffnung Ausdruck, daß ihre Beschlüsse und die Anregungen, die sie bringen wird, an den maßgebenden Stellen recht gründliche Beachtung finden.

Der Delegiertentag des Gewerkvereins der Deutschen Eisenbahner,

über dessen Verlauf wir schon in voriger Nummer kurz berichtet haben, war besucht von Vertretern aus Breslau, Brodau, Gleiwitz, Goldberg, Görlitz, Girschberg, Kattowitz, Königszell, Lauban, Liegnitz, Sommerfeld, Schweidnitz, Siggersdorf mit zusammen 1309 Stimmen. Nicht vertreten waren die Ortsvereine Berlin, Magdeburg, Sorau und Schönau a. R. Wenn auch die Entwicklung dieser Eisenbahnerorganisation als eine höchst erfreuliche zu bezeichnen ist (waren es doch bei dem letzten Delegiertentag nur einige hundert Eisenbahner, die sich um das Banner der Deutschen Gewerkvereine sammelten), so wäre die Entwicklung sicher noch eine viel größere gewesen, wenn nicht an vielen Orten besonders bei Neugründungen Widerstände überstanden werden mußten, die weder in den Intentionen des Ministers noch in denen der Eisenbahnpräsidenten liegen. Wie sehr aber die Gründung des Gewerkvereins der Eisenbahner (G.D.) von den Eisenbahnern selbst als eine dringende Notwendigkeit empfunden wird, zeigt die Tatsache, daß die einmal gegründeten Ortsvereine in ganz erstaunlicher Weise anwachsen.

Nach Erledigung des vom Kollegen Böhm-Gleiwitz gegebenen Geschäfts- und Kassenberichts, für welche letzteren der Delegiertentag Entlastung erteilte, erklärte sich der Delegiertentag einstimmig einverstanden, daß an die Hinterbliebenen zweier im Dienst tödlich verunglückter Vereinskollegen, obgleich sie noch nicht bezugsberechtigt waren, ansehnliche Geldbeträge zur Auszahlung gelangen. Somit beherrschte die Tagung neben der Erledigung einer Reihe von Anträgen des Hauptvorstandes und der einzelnen Ortsvereine hauptsächlich die Zeitungsfrage und die Wahl des Vorortes des Gewerkvereins. Was den Sitz des Hauptvorstandes anbelangt, so befand sich derselbe bis jetzt in den Händen der Gleiwitzer Kollegen, und wenn auch aus Zweckmäßigkeitsgründen oft der Wunsch austauchte, den Sitz des Hauptvorstandes nach einem zentraler gelegenen Orte zu verlegen, so stand der Erfüllung dieses Wunsches als Bedenken hauptsächlich die Tatsache gegenüber, daß man mit der Verlegung des Hauptvorstandes die Geschäftsführung den Händen der Kollegen entziehen müßte, deren erprobte Tätigkeit allgemein Anerkennung fand. Und wenn trotzdem ein Entschluß gefaßt wurde, den Sitz des Hauptvorstandes von Gleiwitz nach Breslau zu verlegen, so geschah es nur aus dem Grunde, weil in Gleiwitz eine Beteiligung der auswärtigen Generalratsmitglieder an den Generalratsitzungen, wie sie die Entwicklung des Gewerkvereins heute erfordert, unmöglich gewesen wäre. Als Vorsitzender des Gewerkvereins wurde deshalb gewählt Kollege Karl Müller-Breslau; ferner gehören dem neuen Vorstande an die Kollegen Münder als zweiter Vorsitzender, Hillner als Schriftführer, Nikolaus als Kassierer, sämtlich in Breslau. Zu Generalratsmitgliedern wurden gewählt die Kollegen Gruchot und Friede-Görlitz, Böhm-Gleiwitz, Kühn-Girschberg, Ernst-Liegnitz, Kohl-Goldberg. Ferner wurde dem Ortsverein Brodau aufgegeben, aus seinen Reihen einen Revisor und zwei Generalratsmitglieder nachträglich zu wählen. Zum Zentralrats-Vorsteher wurde Kollege Eichhorn-Berlin gewählt. Bezüglich der Zeitungsfrage wurde dem Hauptvorstande aufgegeben, an die Herausgabe einer Monats-Zeitschrift heranzutreten, sobald es die gegebenen Verhältnisse zweckmäßig erscheinen lassen. R. W.

Die Aufgaben des Verbandstages.

Nur eine kurze Spanne Zeit steht uns zur Verfügung, um die zu stellenden Anträge zu besprechen. Bisher konnte man wenig oder gar nichts über die in Aussicht stehenden Verhandlungen lesen oder hören, und es hatte fast den Anschein, als ob der 17. Verbandstag keine besonderen Aufgaben zu erledigen hätte. Und doch wird das öffentliche Leben von so vielen Vorkommnissen bewegt, daß alle die Fragen, die zu erörtern notwendig wäre, gar nicht alle auf die Tagesordnung gesetzt werden können.

Die wichtigste Forderung, die von den Deutschen Gewerkschaften gestellt werden muß, ist die Schaffung eines Reichsarbeitsrechts. Die rechtliche Stellung des Arbeiters in den großen Betrieben ist so unsicher, daß man sagen kann: Trotz der bestehenden Arbeiterschutzgesetze ist der Arbeiter rechtlos. Das sozialisierte Großkapital und Unternehmertum ist heute allmächtig und setzt sich ohne weiteres über alle gesetzlichen Bestimmungen hinweg. Sucht der Arbeiter sein Recht beim Gewerbegericht, so wird er entlassen. Die gesetzlich gewährleistete Freizügigkeit wird aufgehoben durch die Zwangsarbeitsnachweise. Der freie Arbeitsvertrag verliert seine Bedeutung durch die Zwangspensionskassen. Das Koalitionsrecht wird illusorisch gemacht durch das Nichteinstellen organisierter Arbeiter, und so könnten noch weitere Beispiele angeführt werden, welche die Rechtslosigkeit des Arbeiters beweisen. Die Gelegenheiten für uns günstig, denn das ganze politische Leben befindet sich in einem Entwicklungsstadium. Hier muß mit aller Kraft eingegriffen werden, um die Ansätze, die zugunsten der Arbeiter sprechen, für uns auszunutzen. Die Gewerkschaften als politisch unabhängige Organisationen können dies durch die Aufstellung von Forderungen, die Mitglieder aber ganz besonders durch praktische politische Arbeit.

Weiter muß der Jugendbewegung größere Beachtung geschenkt werden, um für den nötigen Nachwuchs für die Gewerkschaften zu sorgen. Die Ortsverbände haben die Gründung von Jugendabteilungen in die Wege zu leiten, und zwar unter folgenden Gesichtspunkten:

1. Die Jugendbewegung innerhalb der Gewerkschaften ist eine von freiheitlich-nationalem Geiste getragene allgemeine Bildungs- und Kulturbewegung. Die Jugendorganisation soll nicht als gewerkschaftliche oder politische Kampforganisation betrachtet werden.
2. Geleitet werden die Jugendabteilungen durch einen älteren Gewerkschafter unter Hinzuziehung der Jugendlichen bei allen Entscheidungen, bei der Aufsicht und Verwaltung.
3. Interessierte Leute auch aus anderen Ständen sind hinzuzuziehen, um belehrende Vorträge, Unterhaltungsabende, Bildungskurse, Sportveranstaltungen, Wandertouren usw. zu arrangieren.
4. Die Mitglieder der Jugendabteilung bleiben Mitglieder des Gewerkschafts ihres Berufes, zu den dort üblichen Mitgliedsbedingungen.

Neben der Jugendbewegung müssen unsere Bildungsbestrebungen mehr gepflegt werden. Hier ist viel versäumt worden. Man braucht nur einmal an unsere Vereinsbibliotheken zu denken. Wie viel totes Kapital liegt an so manchen Orten darin verstaubt, ohne daß es jemals Gelegenheit hätte, zu arbeiten! Das Geld für die Bibliotheksbücher verzinst sich nur dann, wenn dieselben gelesen werden, und zwar gelesen von dem größten Teil unserer Kollegen. Heute besitzt bald jeder Ortsverein eine kleine Bibliothek, die teilweise zwar gelesen wird, aber auch teilweise unbeachtet bleibt. Hier wäre eine Zentralisation von großem Nutzen, indem alle Bibliotheken eines Ortes vom Ortsverbande verwaltet und die Bücher regelmäßig zu bestimmten Zeiten herausgegeben werden. Es läßt sich dies kurz in einem Zusatz zu § 42 Abs. 3 hinzufügen: „Als Ziel ist die Zentralisation der Vereinsbibliotheken zu erstreben.“ Mancher Vorstandsvollzieher oder Generalsekretär wird allerdings sagen: Das gibt es nicht; das ist unser Geld, das sind unsere Bücher. Was nützt uns aber eine Einrichtung, die Geld kostet, aber keine Verwendung findet, trotz allem Guten, was darin steckt. Es könnte ungefahr folgendermaßen gehandhabt werden: Die vorhandenen Bücher der einzelnen Ortsvereine bleiben Eigentum derselben, nur daß sie in Zukunft vom Ortsverbande — wie oben geschilbert — verwaltet werden. Von diesem Zeitpunkt, wo der Ortsverband in Tätigkeit tritt, zahlen die einzelnen Ortsvereine der Mitgliederzahl entsprechend einen Jahresbeitrag zur Anschaffung neuer resp. Ergänzung der vorhandenen. Die weitere Gelegenheit wäre dann geboten, gute Zeitschriften den Kollegen zur Verfügung zu stellen und der Jugend ein Lesezimmer zu verschaffen.

Aber auch der Zentralrat müßte in dieser Beziehung tätiger sein, indem er mehr als bisher Schriften herausgibt und selbst einen Buchhandel einrichtet. Die Broschüren und Bücher müßten aber den Ortsverbänden auf Kommission überlassen werden. Dadurch würde zu gleicher Zeit eine Art von Vertrauensmännersystem geschaffen innerhalb der Ortsverbände. Ein Kollege nämlich wird mit dem Verkauf betraut und hat vierteljährlich abzurechnen. Das Geld scheidet der Ortsverband an den Verbandskassierer. Unsere Broschüren würden dadurch in die weitesten Mitgliederkreise und die breiteste Öffentlichkeit gelangen.

Ueberhaupt wird es notwendig sein, die Öffentlichkeit mehr als bisher zu beeinflussen durch eine Zentrale, die alles Material sammelt und eine Zeitungskorrespondenz und Stoffammlung zu Vorträgen herausgibt. Unsere Gesamtbewegung würde dadurch einheitlicher gestaltet und dadurch eine bessere Verteidigung gewährleistet.

Des weiteren ist zu fordern die statistische Anerkennung der Ausbreitungs- bzw. Landesverbände. Früher hatten dieselben teilweise andere Aufgaben zu erledigen als heute. Die Berufsaufzucht und Stellung von Rednern ist heute den Ausbreitungsverbänden zum größten Teil von einzelnen Berufen durch Anstellung von Bezirksleitern abgenommen worden. Ihre heutigen Aufgaben bestehen darin, die Presse innerhalb der Landesverbände resp. weiter auszubauen, ein einheitliches Vorgehen in der Agitation der verschiedenen Berufe, gleichmäßiges Verhalten unseren Gegnern gegenüber zu fördern, ferner die Schulung aller agitatorischen Kräfte durch jährliche Konferenzen nicht nur für den engeren Beruf, sondern aller jener Kollegen, die berufen sind, als Vertreter der Gewerkschaften zu fungieren, z. B. in den Krankenkassen, Gewerbegerichten, Gemeinderat, Stadtverwaltung, Genossenschaften usw. Unsere Kollegen stehen bisher in dieser oder jener Frage isoliert da. Manqels einer engeren Fühlung und Verständigung untereinander werden mitunter Beschlüsse aufgetrieben, die nicht immer unseren Einfluß im öffentlichen Leben fördern und stärken, sondern das Gegenteil erreichen. Hier müssen die Ausbreitungsverbände und die Zentrale in Berlin einsehen, einheitliche Richtlinien festlegen, auffärend und bildend wirken, um den Boden, aus dem wir unseren Nachwuchs und Kräfte schöpfen wollen, zu bearbeiten. Beschließt der Verbandstag in diesem Sinne und die Kollegen im Lande arbeiten und handeln dementsprechend, so wird auch unsere Gewerkschaftsangelegenheit in Anhängern gewinnen und unsere dadurch gewonnene Stärke bei allen Arbeiterfragen ins Gewicht fallen.

Alfred Lange, Görtitz.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 11. Februar 1910.

Den Arbeiterssekretariaten, Rechtsanwaltsstellen und Auskunftsburauen der Deutschen Gewerkschaften werden in diesen Tagen Fragebogen des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise zugestellt werden. Einige haben dieselben vielleicht schon erhalten. Wir erlauben die betreffenden Kollegen, die Ausfüllung dieser Bogen recht sorgfältig vorzunehmen und sie den geäußerten Wünschen gemäß möglichst bald zurückzusenden.

Noch immer gehen Tätigkeitsberichte von Ortsverbänden in großer Anzahl in der Redaktion ein. Wie bereits mitgeteilt, erfolgt die Veröffentlichung möglichst in der Reihenfolge, wie die Berichte eingelaufen sind. Infolge des starken Andranges in den ersten Wochen des Jahres und des beschränkten Raumes können darüber zwei und drei Wochen vergehen. Das mögen diejenigen Kollegen zur Kenntnis nehmen, die schon mit Ungehörigkeit auf die Veröffentlichung ihres Jahresberichtes lauern. Zurückgesetzt wird niemand, höchstens diejenigen, die trotz aller Mahnungen die Berichte auf beide Seiten des Papiers geschrieben haben. Leider geschieht das noch häufig genug, ebenso wie sich manche Kollegen durchaus nicht das Abfüllen einzelner Worte verkneifen können. Deshalb bitten wir nochmals dringend, für die Zukunft diese Fehler zu vermeiden. Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß die Veröffentlichung der Tätigkeitsberichte sich unmöglich bis in den Sommer hinein erstrecken darf. Diejenigen Ortsverbandsführer also, welche beabsichtigen, einen Tätigkeitsbericht einzulegen, mögen sich nun an die Abfassung heranmachen und das Versäumte nachholen.

Der Kampf um die preussische Wahlrechtsvorlage hat begonnen. Die erste Lesung des Gesetzesentwurfs hat der preussische Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg am Donnerstag mit

einer politischen Rede eingeleitet. Es sind drei Tage für die erste Lesung in Aussicht genommen, und man kann schon heute mit Sicherheit annehmen, daß der Entwurf an eine Kommission verwiesen werden wird. Was man nur an diesem Beschluß ändern will? Das richtigste wäre, man würde die Vorlage einfach in den Papierkorb. Das wäre die beste Antwort auf die Einbringung einer solchen „Reform“.

Wir hatten ursprünglich geglaubt, daß die Regierung dieses Monstrum nur vorgelegt habe, um das Versprechen des Königs einzulösen, damit irgend etwas in dieser Richtung geschehen sei. Lehnte der Landtag den Entwurf ab, nun, so traf ihn die Schuld; die Regierung hätte das ihrige getan. Nach den neuesten Kundgebungen möchte man sich einer anderen Ansicht zuneigen. Für die geheime Wahl ist im Abgeordnetenhaus eine Mehrheit vorhanden. Nur die Konservativen laten bisher so, als wenn sie davon nichts wissen wollten. Jetzt hat auch ein konservativer Parteisekretär in einer Versammlung gesagt, daß die geheime Wahl nicht zur Kabinettskrise führen dürfe zwischen den Parteien. Er glaube, daß die Konzeption der geheimen Wahl gemacht werden dürfe. Das sieht so aus, als wenn die Regierung und auch die Konservativen mit sich handeln lassen werden und eventuell ihre Zustimmung zur geheimen Wahl geben. Dann könnte man sich mit dem großen Entgegenkommen brüsten, und die Vorlage findet dann in dieser abgeänderten Form vielleicht Annahme. Wirklich volksfreundliche Parteien müßten natürlich auch dann noch dagegen stimmen, wenn das geheime Wahlrecht eingeführt würde. Die vorgegebene Klassenenteilung und die Verweigerung einer neuen Wahlkreiseinteilung machen den Entwurf einfach unannehmbar.

Den Reichstaxi für das Malergewerbe bezieht der Hauptvorstand unseres Gewerkschafts der graphischen Berufe und Maler zur Veröffentlichung einer kleinen Flug-schrift, die der Agitation dienen soll und diesen Zweck sicherlich in ausgezeichneter Weise erfüllen wird. Da wird zunächst auf die Vorzüge der Tarifgemeinschaft im allgemeinen und des Malertarifs im besonderen hingewiesen und dargetan, daß nur organisierte Gehilfen in den Genuß dieser Vorteile treten. Für Unorganisierte dagegen wird die Arbeitsgelegenheit bedeutend vermindert, ganz abgesehen davon, daß sie sich auch mit niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen begnügen müssen. Schon diese Tatsachen müssen für jeden Individualisten den Anlaß zum Eintritt in die Organisation bieten. Wer aber als Malergeselle seine Interessen am besten gewahrt wissen will, der muß dem Gewerkschaftsverein der graphischen Berufe, Maler und Lackierer beitreten, der von jeher den Abschluß solcher Tarifverträge befürwortet hat und durch seine religiöse und parteipolitische Unabhängigkeit die Gewähr bietet, daß in ihm lediglich die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder gefördert werden. Zum Schluß werden dann die Leistungen des Gewerkschafts eingehend gewürdigt und nochmals der Beitritt in überzeugenden Worten empfohlen.

Wir haben schon verschiedentlich daran erinnert, daß es Pflicht jedes überzeugten Gewerkschaftskollegen ist, für unsere Sache zu wirken und Mitglieder zu werben, gleichviel, ob es sich um den eigenen Beruf oder einen anderen handelt. Auch der Gewerkschaftsverein der graphischen Berufe bedarf dringend der Unterstützung aller Verbandskollegen und Kolleginnen. Jeder muß darauf bedacht sein, auch ihm neue Anhänger zuzuführen. Eine wirksame Hilfe dabei bietet unsere kleine Schrift, die vom Bureau des Gewerkschaftsvereins der graphischen Berufe und Maler, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221-23, in beliebiger Menge unentgeltlich bezogen werden kann.

Arbeiterbewegung. Im deutschen Stein-druckgewerbe scheint es tatsächlich zu der angeordneten Aussperrung zu kommen. Wie der Arbeitgeberverband in Aussicht gestellt hat, haben die bayerischen Firmen am 5. Februar die Kündigung ergeben lassen. Wenn bis zum kommenden Sonnabend eine Einigung nicht erzielt wird, so sollen nach einem Rundschreiben spätestens am 12. Februar die übrigen Mitglieder des Schutzverbandes im ganzen Deutschen Reich ihren organisierten Gehilfen kündigen. Die Ausständigen auf Vermeidung der Aussperrung sind nur sehr geringe. — Zum Abschluß eines Tarifvertrages ist es im Formscheregewerbe gekommen. Nach eingehenden Verhandlungen in Hannover wurde ein Tarif vereinbart, der bis zum 1. Oktober 1912 Gültigkeit hat und den Arbeitern einige Verbesserungen bringt. Ueber die weitere Regelung der Lohnfrage soll im Laufe des Sommers verhandelt

werden. — Obgleich der Tarifvertrag für das Holzgewerbe am Sonnabend abläuft, werden die Vertragsverhandlungen zwischen den Hauptvorständen einseitigen noch fortgeführt. Bis zum Abschluss derselben dürfen weder Streiks noch Ausperrungen vorgenommen werden. — In der Sutfabrik von Nidel in Glogau sind wegen Ablehnung ihrer Lohnforderungen die Sutarbeiter und Arbeiterinnen in den Streik getreten. Die Firma verweigert jede Verhandlung. — Im Wuppertal befinden sich die in den Färbereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Kampfe. Falls sie nicht nachgeben, wollen die Färbereibesitzer dafür sorgen, daß die Aussperrung auch auf die Betriebe verwandter Berufe ausgedehnt wird.

Weltanschauung und Arbeiterbewegung. Von der unter diesem Titel erschienenen Schrift unseres Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt sind bis jetzt 21 000 Exemplare abgesetzt worden. Von der 3. Auflage ist nur noch ein ganz kleiner Rest vorhanden, so daß es sich notwendig macht, eine vierte Auflage herauszugeben. Um ungefähr die Höhe dieser Auflage schon im voraus bestimmen zu können, bitten wir die Ausschüsse der Ortsvereine und Ortsverbände, ihre Bestellungen schleunigst zu machen. Da die Bezugsbedingungen in der vorigen Nummer nicht richtig angegeben waren, seien sie hier berichtigt: Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pf., 10 Exemplare kosten 80 Pf., 50 Exemplare 3,50 Mk., 100 Exemplare 6 Mk., 200 Exemplare 10 Mk., 500 Exemplare 23,50 Mk., 1000 Exemplare 45 Mk.

Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221-23, zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem Postanweisungsschnitt erfolgen.

Jeder Ausschuß muß es sich zur Pflicht machen, nicht früher zu ruhen, bis jeder Gewervereiner in den Besitz dieser Schrift gekommen ist.

Die Beleidigungsklage der Vorstandsmglieder des deutschen Metallarbeiterverbandes gegen unsern Verbandsredakteur Kollegen Lewin fand, nachdem sie beinahe 2 1/2 Jahr geschwebt hatte, endlich am Mittwoch, 2. Februar, vor dem Schöffengerichte ihre Erledigung. Es kam ein Vergleich zustande, indem Kollege Lewin folgende Erklärung abgab:

„Ich habe mit dem inkriminierten Artikel mir nicht die Ansicht des „Stahlwarenarbeiter“ zu eigen gemacht und nicht zu eigen machen wollen, vielmehr lediglich über den Streit zwischen Metallarbeiterverband und dem „Stahlwarenarbeiter“ referieren wollen.“

Damit ist die Angelegenheit aus der Welt geschafft.

Die Frage der Arbeitsnachweise wird auch in dem Jahresbericht der Aelteren der Kaufmannschaft von Berlin erörtert. Anknüpfend an die Gründung des Hebenarbeitsnachweises in Essen wird darin unter voller Anerkennung der besonderen Verhältnisse, die im Ruhrrevier herrschen, auf die Gefahren hingewiesen, die aus der Begründung nicht paritätischer Arbeitsnachweise entstehen. Die Arbeiter würden in den einseitigen Arbeitgebernachweisen stets den Versuch erblicken, Leute, die sich als Agitatoren für die Organisation besonders hervorgetan hätten, aus dem Gewerbe herauszubringen. Ob dieses Mißtrauen der Arbeiter gegen die Unternehmer nachweise begründet ist oder nicht, könne dahingestellt bleiben. In jedem Falle aber trage es dazu bei, das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu verschlechtern. Ähnliche Bedenken wie gegen die einseitigen Arbeitgebernachweise könnten auch gegen die einseitigen Arbeiternachweise vorgebracht werden. Im Interesse der Erhaltung und Förderung des sozialen Friedens verdienen daher der paritätische Arbeitsnachweis im Prinzip den Vorrang.

Wenn von Unternehmern gegen den paritätischen Arbeitsnachweis häufig das Bedenken geäußert worden sei, durch die Wahl von sozialdemokratisch gesinnten kleineren Arbeitgebern zu Arbeitgeberbesitzern würde die Parität gestört und der Arbeitsnachweis zu einer einseitig im Interesse der Arbeiter wirkenden Institution werden, so lasse sich dieser Gefahr durch ein geeignet ausgestaltetes Wahlrecht für die Arbeitgeberbesitzer entgegenzutreten. Bei Streiks und Aussperrungen lasse sich die Unparteilichkeit des Arbeitsnachweises dadurch wahren, daß er zwar seine Tätigkeit fortsetze, aber

ausdrücklich auf den Streik oder die Aussperrung aufmerksam mache. Vielleicht auch ließe sich eine Abweichung von der bisherigen Praxis noch in dem Sinne schaffen, daß auch dem Arbeitgeber mitgeteilt würde, ob es sich bei den ihm zugehörenden Arbeitern um Ausperrte handle oder nicht.

So sehr wir auch den im ersten Absätze enthaltenen Ausführungen beistimmen können, so entschieden müssen wir uns gegen die weiteren Bemerkungen wenden. Wenn ein Arbeitsnachweis paritätisch sein soll, so muß seine Verwaltung zu gleichen Teilen in den Händen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern liegen. Welcher politischen Richtung dieselben angehören, muß vollkommen gleichgültig sein. Außerdem aber dürfen während eines Streiks Arbeiter an bestreifte Firmen auf keinen Fall vermittelt werden. Der Hinweis auf den Streik genügt nicht, sondern die Vermittlungstätigkeit hat in solchen Fällen unbedingt aufzuhören; sonst gewinnt der Arbeitsnachweis den Charakter einer Streikbrechervermittlungsstelle.

Tätigkeitsbericht der Ortsverbände über das Jahr 1909.

Ortsverband Danzig.
Wiederum liegt ein arbeitsreiches Jahr hinter uns, und mit Genugtuung kann der Ortsverbandsausschuß für sich in Anspruch nehmen, daß er nach besten Kräften bemüht war, die Bestrebungen und Ideale der Deutschen Gewervereine der Verwirklichung näher zu bringen. Was die Agitation anbelangt, können wir von einem erheblichen Zuwachs an Mitgliedern zwar nicht berichten, da ebenso wie in allen anderen Teilen des Deutschen Reiches die Geschäftsjunktur auch in Danzig keine günstige gewesen ist. Hoffentlich ist das neue Jahr besser, da auch hier die Geschäftslage eine gute zu werden verspricht. Erfreulicherweise kann von einigen Erfolgen auf sozialem Gebiete berichtet werden. Bei den Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde gelang es uns, sämtliche aufgestellten 15 Kandidaten mit großer Majorität durchzubringen, desgleichen ein Mitglied sowie zwei Ersatzmänner für den Landesauschuß. Zum Gewerbegericht wurde auf unsern Antrag das Verhältniswahlsystem eingeführt. Immerhin stellten sich bei den Wahlen noch mancherlei Mängel heraus, für deren Beseitigung die Arbeiterorganisationen energisch eintreten werden. Der Erfolg bei der Wahl war für uns nicht besonders, da von 25 Wählern 4 durchbrachten. Wir werden aus den gemachten Erfahrungen das Beste sammeln und für die Zukunft verwerten. Der Aufforderung des geschäftsführenden Ausschusses, die Konstituierung von Werkkommissionen vorzunehmen, sind wir nachgegangen; doch sind praktische Erfolge noch nicht zu verzeichnen. Ferner gab das Bestreben eines großen Teiles der hiesigen Arbeitgeber, die Unterrichtsstunden in der Fortbildungsschule auf eine spätere Abendstunde zu verlegen, Anlaß, öffentlich dazu Stellung zu nehmen. In drei öffentlichen, zur selben Zeit von den drei Arbeiterorganisationen einberufenen Versammlungen wurde gegen den Plan protestiert, was vielleicht mit dazu beigetragen hat, daß von einer Verlegung des Stundenplanes Abstand genommen wurde. Auch wurden im verfloffenen Jahre 24 Gewervereinskollegen zu Schöffen und Geschworenen ausgesucht.

Was das kommunale Gebiet betrifft, so haben sich fast sämtliche Ortsvereine dem hiesigen Wohnungsmieterverein als korporative Mitglieder angeschlossen, um gemeinsam mit demselben eine Verbesserung kommunaler Angelegenheiten herbeizuführen. In Lohnbewegungen ist ein zweitägiger Streik in einer Tischlerei zu verzeichnen, um die Einhaltung des Tarifes zu erzwingen. Auch ein Teil der Mitglieder des Ortsvereins der Maschinisten und Feiger hatte Forderungen an die größte Mederleitmäse gestellt, welche jedoch abgelehnt, aber nach mehrstündigem Streik zum Teil bewilligt wurden.

Was die geschäftliche Tätigkeit des Ortsverbandes, dem 12 Ortsvereine angehören, betrifft, so hielt derselbe 13 Ausschusssitzungen, 4 Mitgliederversammlungen und 3 öffentliche Versammlungen ab. In den Mitgliederversammlungen sprachen die Kollegen Riß und Broczkowski über „Das Gewerbegericht und seine Bedeutung“ und die „Reichsversicherungsordnung“. In der ersten öffentlichen Versammlung referierte Kollege Erkelenz über „Welche Vorteile haben die Arbeiter und Arbeiterinnen von den wirtschaftlichen Berufsorganisationen?“ Die weiteren Versammlungen wurden, wie schon erwähnt, wegen der Fortbildungsschule und der Gewerbegerichtswahlen abgehalten. Im allgemeinen waren sie gut besucht; nur ließ der Besuch der Mitgliederversammlungen zu wünschen übrig. Auch der hier bestehende Diskussionsklub hatte für mehrere Vortragsabende Männer aus den besseren Gesellschaftskreisen gewonnen, welche belehrende Vorträge zu Gehör brachten. Im März fand die Bezirkskonferenz in Königsberg statt, zu welcher der Ortsverband drei Delegierte entsandt hatte. Wir haben den Eindruck gewonnen, daß die Abhaltung solcher Konferenzen zweckmäßig ist und mächtig jedes Jahr stattfinden müßte. Auch für die Beschaffung einer Gewervereinspresse für den Osten fanden mehrere Sitzungen statt, jedoch mußte von diesem Unternehmen einstweilen Abstand genommen werden.

Besichtigt wurde die hiesige Blindenanstalt und die Druckerei der „Danziger Zeitung“ in vollem Betriebe. An geselligen Veranstaltungen bot der Ortsverband in Gemeinschaft mit der Gewervereinsliedertafel einen

Frühspaziergang nach unserm herrlichen Oliva, sowie am 1. Pfingstfeiertag ein Sommerfest. Das Stiftungsfest wurde in üblicher Weise gefeiert.

Wenn ich nun meinen Bericht schließen und feststellen kann, daß Erfolge erreicht worden sind, so kann dies noch lange kein Anlaß sein, nun müßig die Hände in den Schoß zu legen. Es gilt vielmehr, die in diesem Jahre angeknüpften Verbindungen zu befestigen und immer weitere Kreise für unsere Ideale und Prinzipien zu gewinnen. Dazu ist es aber notwendig, daß es jeder Gewervereiner als seine Pflicht erachtet, mit allen Kräften in der Agitation mitzuarbeiten. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, dann wird und muß es vorwärtsgen. Die verschlechterten Lebensverhältnisse erfordern es, einen Zusammenschluß herbeizuführen. Den Weg, unsere Lage zu verbessern, zeigen uns die neutralen Deutschen Gewervereine.

G. Hollasch, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Leipzig.

Der Ortsverband hat seine Geschäfte in 6 Vorstandssitzungen, 11 Vertreteritzungen und 1 kombinierten Ausschusssitzung, ferner 4 Ortsverbandsversammlungen und 1 öffentliche Gewervereinsversammlung erledigt. In diesem Jahre wurden mehrere Vorträge gehalten. Herr Landrichter Brodauf, Chemnitz sprach über „Vollständige Rechtspflege“, Kollege Geyer-Weisenfels über „Gewervereine und Gewervereinspresse“, Herr Parteisekretär Hoffmann-Leipzig über „Finanzreform“, Herr Weisgerber-Leipzig über „Wohnungsreform“. In der öffentlichen Versammlung sprach Kollege Goldschmidt-Berlin über „Weltanschauung und Arbeiterbewegung“.

Die Bezirkskonferenz in Chemnitz wurde von drei Kollegen besucht. Als Schöffen und Geschworene wurden die Kollegen Steinhäuser, Simon, Verbig, Follers vorgeschlagen. In die untere Verwaltungsbehörde wurde Kollege Verbig gewählt. Die geselligen Veranstaltungen des Ortsverbandes, ein Ausflug nach Juenkau, unser erstes Sommer-Kinderfest und das Herbstvergügen nahmen einen guten Verlauf und erfreuten sich einer großen Beteiligung. In der vorletzten Vertreteritzung wurde angeregt, den Diskussionsklub wieder ins Leben zu rufen. Die letzte Vertreteritzung beschäftigte sich mit den Wahlen.

Zum Schluß spreche ich den Wunsch aus, daß die in Apolda täglich erscheinende „Gewervereinszeitung“ mehr von Kollegen in Anspruch genommen wird. Alle unsere Angelegen von Versammlungen werden darin bekannt gemacht. Mögen sich auch die Kollegen mehr an den Ortsverbandsversammlungen beteiligen!

Wir danken allen, die uns mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben. Der alte Ausschuß tritt aus dem Amte, und frische Kräfte treten an seine Stelle. Möge es denselben gelingen, unsere Gewervereinsangelegenheiten vorwärts zu bringen. Hierzu muß und soll aber ein jeder Kollege nach besten Kräften beitragen und nicht alles dem Ausschuß überlassen. Also, Kollegen, frisch ans Werk! Unsere Parole heißt: „Früh gewagt — bald gewonnen!“

Adolf Lauth, Ortsverbandschriftführer.

Ortsverband Sorau.

Im Jahre 1909 hatte der Ortsverband 4 Versammlungen, 4 Ausschusssitzungen und 2 kombinierte Ausschusssitzungen. Er beteiligte sich an den Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde, kann aber leider keinen Erfolg verzeichnen. Es gehörten dem Ortsverbande 4 Ortsvereine an. Der Ortsverein der Maschinenbauer hatte zu Anfang des Jahres unter dem schlechten Geschäftsgang sehr zu leiden. Die Bauhandwerker hatten ebenfalls keine Zunahme zu verzeichnen. Die Bildhauer und verbandter Berufe hatten wie im vorigen Jahre stark unter der gegenläufigen Strömung zu leiden. Der Ortsverein der Textilarbeiter hielt eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Müller-Spremberg einen Vortrag hielt und mehrere neue Mitglieder gewonnen wurden. In der Ortsverbandsversammlung am 2. Oktober hielt Kollege Reustedt-Berlin einen sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über das Thema: „Was wollen die Deutschen Gewervereine?“ Zu wünschen wäre nur, daß die Ortsverbandsversammlungen in diesem Jahre besser besucht würden. Deshalb möchte ich den Vorständen ans Herz legen, in ihren Ortsvereinen dahin zu streben, daß die Mitglieder sich rege an unseren Veranstaltungen beteiligen, die Interessen des Ortsverbandes fördern helfen und nicht dagegen streben; denn so wird Unfrieden geistigt und unsere Entwicklung gehemmt. An Vergnügungen ist nur die Feier des 25 jährigen Bestehens des Ortsvereins der Maschinenbauer zu verzeichnen, wozu alle Ortsvereine eingeladen waren, sich aber im ganzen nur 2 Mann einfanden.

Das neue Jahr berechtigt zu den besten Erwartungen. Es ist nämlich dem Bemühen des Ortsverbandes gelungen, am 22. Januar hier einen Eisenbahnerverein ins Leben zu rufen, dank der Mühe der Kollegen Steiner und Grahof-Görlich. Möge nun jeder Gewervereinskollege helfen, den neuen Verein in die Höhe zu bringen. Möge sich jeder sagen, daß es seine Pflicht ist, auch seine Kraft einzusetzen, den neuen Verein zu unterstützen und ihm viele Mitglieder zuzuführen. Aber auch sonst möchte ich den Kollegen und Kolleginnen zurufen: „Tut Eure Schuldigkeit und treibt Eure Agitation so weiter!“ Denn wir hatten am Schluß des Jahres eine Zunahme von 20 Mitgliedern zu verzeichnen. Ihr anderen Kollegen aber, die Ihr bisher abseits standet, laßt ab von Eurer Gleichgültigkeit und helfet an dem Bau der Deutschen Gewervereine! Frisch ans Werk! Große Aufgeben harren ihrer Lösung auch in diesem Jahre.

Paul Hänisch, Ortsverbandschriftführer.

